

bener, je politischer die Wissenschaft wird, während welche Kreise bei liberalen Protestantenten der Sache freundlicher gegenüberstehen". Dann heißt es weiter:

"Wenn man aber der Sache auf den Grund geht, so können die politisch gerichteten Protestantenten dem Toleranzantrag in Wahrheit nur das eine Argument gegenüberstellen, daß der Toleranzantrag, wenn er Gesetz würde, vielleicht zunächst den Katholiken mehr nützen würde, als den Protestantenten, da, wie sie sagen, nur die Katholiken in der Lage seien werden, die gegebenen Freiheiten auszunutzen, die evangelischen Landeskirchen aber, in den Händen des Staatskirchenkundt eng besiegeln, eine Verbesserung ihrer Lage nicht erwarten können. Ist das aber ein genügender Grund, den Katholiken diejenige Freiheit vorzuhalten, welche an und für sich gerechtfertigt ist und welche man im Prinzip als durch die modernen Verhältnisse geboten anzuerkennen muß?"

Reichsverwaltung fehlt jede Befreiung darüber, daß jenes eine Argument hinfällig sei. Ein wertvolles Gefändnis, das gerade noch zur rechten Zeit kam, um das Zentrum mit eigenen Waffen zu schlagen!

Auf der Tagessitzung steht die zweite Beratung des Toleranzantrages. Dergesten liegen vor: Eine Resolution Süder, welche Befreiung der Beschränkungen der Religionsübungen durch die Regelungen der einzelnen Bundesstaaten bezweckt; ferner Abänderungsanträge Albrecht und Genossen. Das Wort ergreift zuerst zu § 1.

Groedel (Cent.) indem er erklärt, daß die Gleichberechtigung aller religiösen Bekenntnisse der Angehörigen des Staates durch Reichsgerichtsentscheidung aus dem Jahre 1898 anerkannt wurde. In den einzelnen Bundesstaaten beständen aber noch andere Grundrätte und landeskirchliche Bestimmungen, die die Ausübung von Religionsübungen von staatlicher Erlaubnis abhängig machen. Über die religiösen Bedürfnisse einer Glaubensgemeinschaft sollte der Staat nicht entscheiden wollen. Seltendem der Antrag zuerst eingebracht worden sei, sei alles beim Alten gebüdet; in Sachsen (?) sowohl wie in Braunschweig seien noch wie vor Fällen deutlicher Antoleranz (?) nicht von der Tagessitzung verschwunden. Wer die Befreiung will, könne sie nicht den einzelnen Regierungen überlassen.

David (Sob.) bemerkt, wenn schon Ministerien eine politische Tugend im allgemeinen sei, dem Zentrum gegenüber müsse sie geübt werden. Das leichte Ziel der Antragsteller werde nicht betont und von den Antragsgegnern vielleicht besser erkannt, als von den Antragstellern. Wenn sich das Zentrum auf einen modernen Standpunkt stellen wolle, wie es Frey v. Herling lehrhaft betonte, so solle es sich auch davor hüten, nach mittelalterlicher Art zu kämpfen. Bedenklich sei im Zentrumsontrage der Begriff "religiöses Bekenntnis", der nicht von der konfessionellen Theologie ausgelegt werden darf und auch den Atheismus mit umfaßt, wie alle Bekenntnisse. Ist es dem Zentrum erlaubt mit seiner Forderung völliger Freiheit der Religionsübung, so müsse es schließlich konsequent zu der völligen Trennung von Kirche und Staat kommen. Der katholischen Kirche möchte er gern die bisherigen Gemeindesubventionen nehmen; sie solle nicht länger sagen können, daß man ihre Freiheit schmäleere, um damit Protestantenten zu machen.

Pennings (lons.) glaubt nicht, daß der Toleranzantrag jemals Gelebt wird; trotzdem ist er gegen ihn, weil er immerhin eine widerbende Kraft hat für die Freiheit der Antragsteller, die jetzt schon allzu oft ausschlaggebend seien. Im weiten Kreis habe man das Gefühl, als ob es sich bei diesem Antrag um die Eröffnung eines neuen Kulturkampfes handle. Im Interesse der evangelischen Landeskirche habe man alle Ursache, sich gegen diesen Antrag zu wenden und die zwei Drittel der Bevölkerung, die evangelisch seien, vor der Übermacht der katholischen Kirche zu schützen.

Müller-Weiningen (sc. B.) lehnt nach wie vor den zweiten Teil des Toleranzantrages ab, erkennt aber in seinem ersten Teile eine Grundlage, um auf ihr brauchbare Bestimmungen aufzubauen. Bei dem sich steigernden Gegenseit zwischen Anhängern der verschiedenen Bekenntnisse müsse man mit besonderer Rücksicht an diesen Toleranzantrag herantreten, wo trotz der Gegenseite die Orthodoxie beider Kirchen Schalter an Schalter im Kampf gegen den Liberalismus geben wird. Er fordere im freimütingen Antrag daher die gesetzliche Garantie völliger Freiheit des Glaubens, aber auch der Konfessionsfreiheit aller Staatsbürger. Dies sei für ihn ausschlaggebende Grundbedingung, daß im Gesetz unverdeutlicht klar die gleichen Rechte aller Staatsbürger in konfessioneller Beziehung festgelegt werden, und nicht nur die Blicke.

Giebel (natl.) lehnt im Namen seiner Partei den Antrag des Zentrums in allen seinen Teilen ab. Er hält die Ausdehnung des Reichsgesetzes auf das kirchliche Landesrecht für durchaus unverträglich und unzuständig.

Schaefer (treit. Ver.) erklärt, der Standpunkt seiner Freunde sei bekannt. Sie nahmen den ersten Teil an, lehnten aber den zweiten Teil, der den Gesellschaften völlige Freiheit sichern soll, ab. Die Abänderungsanträge des Antrags Müller-Weiningen finden ihre Zustimmung.

Gaupp (Rv.) führt aus, daß der Zentrumsontrage es seiner Partei nicht ermögliche, ihm einfach zuzustimmen. Ihnen scheint der Weg, den der Antrag Süder gezeigt, gangbarer. Die einzelnen Landesregierungen sollten von selbst die Schäden der Gesetzgebung vermeiden und den Glaubensgemeinschaften den Boden entziehen. Seine Partei lehne den Antrag ab.

Süder (christ.-los.) erklärt, auch seine Partei stehe auf dem ablehnenden Standpunkt. Die evangelische Kirche vertrete das Prinzip der Freiheit. Vielleicht sei der Wunsch ausgesprochen worden, es solle das ganze Kirchenregiment sogar fallen, das doch als eine Stütze der evangelischen Kirche angesehen würde. Sie würden gar nicht, was sie mit dem Toleranzantrage machen sollten. Den Gewinn allein hätte nur die katholische Kirche. Die Herren vom Zentrum sollten doch mit der Bemühung ihrer Wünsche einmal in Bayern beginnen. Dort hätten sie ja die Rechte dazu in den Händen.

Frey v. Herling (Btr.) erklärt, es sei aus einigen Worten des Vorredners das Bedauern herausgestellt, daß sie den Antrag noch einmal eingebracht hätten. Die Anläufe, die ihm erscheinen ließen, seien noch nicht bestiegt, und so würden sie ihn immer wieder einbringen. Vollständige Befreiung der rückständigen Bestimmungen auf dem Gebiete der Religionsübungen, das sei ihr Ziel.

Nach Bemerkungen einiger weiteren Redner, die jedoch sachlich nichts Neues vorbringen, schließt die Diskussion § 1 wieder nach dem Antrage Müller-Weiningen angenommen mit den Stimmen des Zentrums und der Linken. Der Zentrumsontrage ist dadurch erledigt. §§ 2 und 3 des Zentrumsontrages werden sodann gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen angenommen. § 4 bestimmt, daß ein Ablauf gegen den Willen der Erziehungsberechtigten zum Gottesdienst oder Religionsunterricht gezwungen werden kann, welcher der religiösen Überzeugung des Erziehers nicht entspricht. Diesen leichten Zug bitten die Sozialdemokraten zu streichen. Hierauf wird § 4 mit dem Antrage Albrecht angenommen.

Donnerstag 1 Uhr: Interpellation Albrecht, betr. Russenaufstellung. Fortsetzung der heutigen Beratung.

** Berlin. In der Steuerkommission des Reichstags erklärte der Reichskanzlerseckretär Dr. v. Stengel, es werde kaum möglich sein, die Steuergesetze vor dem 1. Juli 1907 in Kraft treten zu lassen.

Dertlches und Sachsisches.

Frankenberg, 3. Mai 1906.

†. Auf dem Dammplatz macht sich seit gestern das Herannahen des Jahrmarkts geltend. Schon als der erste „Künstler-

wagen“ dort auftauchte, was die liebe „Jugend“ puttierte, und heute, wo sich zum Teil der Inhalt der Weißtorte ihrem Auge zeigt, da sie die Geschütze für Karussell und Schaukel, für Schieß- und Schießbuden aufrichten sieht, ist der Dammplatz eben der fest ausgetorene Jahrmarktspatz „unserer Jugend“ geworden. Ohne sie würde schließlich gar kein Jahrmarkt abgehalten werden können. 's ist beinahe so! Da wird selbst die an anderen Tagen unvermeidliche Besucherarmee verschwinden, nur damit man nicht heimzugehen braucht und dort schließlich Besuch läuft, mit häuslichen Scheinen belastet und davon erinnert zu werden, daß es außer dem Jahrmarkt auch noch eine Mutter gibt. Da verzögert der Bub tausendmal lieber den sich sonst merkwürdig pünktlich einstehenden Hunger und preist auf die mütterliche Mahnung, je recht bald wieder heinzukommen, „damit Vater nicht kommt“. Damit Vater nicht kommt! Ja, vor dem hat man doch Respekt, und da trockt sich das Büschchen nach Hause, damit es wenigstens — fünf Minuten eher daheim ist, als der als Schiedsgericht vor Augen gerückte Vater. So fühlt man sich wenigstens vor Vater kraftvoller. So kann man sich wenigstens vor dem Jahrmarkt auch noch eine Mutter geben. Da verzögert das Kind tausendmal lieber den sich sonst merkwürdig pünktlich einstehenden Hunger und preist auf die mütterliche Mahnung,

— Dresden. Unseren gestrigen Mitteilungen über die akti. Statuten des Aufsichtsräters Dürrich sei angefügt, daß er mit die Ermordung der Frau des Gutsbesitzers Graß in Görlitz, die man ihm auch zur Last legte, leugnet. Da die Ausführung dieses Mordes eine mehrjährige Ueberreifung und mit den von Dürrich eingestandenen Mordaten zeigt, und dieser an dem betreffenden Tage von Dresden abwändig, beginnt, eben aus der südlichen Heil- und Pflegestadt entlassen worden war, hält man Dürrich auch für den Mörder dieser Frau Graß, jedoch er also neun Mordaten begangen haben würde. Er hat für jene Zeit kein glaubbares Alibi beigebracht vermöcht. Die Kriminalpolizei wird den Mörder vorwahrsichtig schon in diesen Tagen an das Gericht abgeben können.

— sput. Königgrätz. Gestern hatten sich zur Feier des 100-jährigen Bestehens der seitenden Abteilung des 1. Feldartillerie-Regiments Nr. 12 zahlreiche ehemalige Angehörige der Abteilung, darunter auch viele Veteranen, in Königgrätz eingefunden. Die Feststadt hatte ein farbenprächtiges Festgewand angelegt. Der Vorabend des Festes vereinte die aktiven und inaktiven Offiziere, sowie die auswärtigen Gäste im Schützenhaus zu einem Vergnügungskonzert. Am Dienstag langte mit dem Frühzug das Gros der Festteilnehmer von nah und fern an. Von 10 Uhr ab trafen die Militärcorps von Königgrätz und aus den umliegenden Ortschaften mit längendem Spieß und wehenden Fahnen ein und nahmen auf dem Marktplatz Aufstellung. Im geschlossenen Zug, der weit über tausend Teilnehmer zählte, ging es um 11 Uhr nach dem Rothenhof. Dort hatten die aktiven Mannschaften der Abteilung Aufstellung genommen. Ingolfschen fanden sich die aktive und inaktive Generalität, die Offiziere und Militärbeamten ein und nahmen auf dem rechten Flügel Aufstellung. Gegen 1/4 1 Uhr traf König Friedrich August mit Automobil ein. Er trug die Uniform eines Generals der Artillerie. Der Kommandeur der Abteilung, Major Volz, eröffnete den Rapport, worauf Se. Majestät die Front abschritt und an viele der Veteranen und ehemaligen Artilleristen freundliche Worte richtete. Major Volz hielt hierauf eine Ansprache, in der er einen kurzen Abriss der Geschichte der Abteilung gab. Er schloß mit einem begeisterten aufgenommenen Hurra auf den König. Hierauf folgte der Vorbeimarsch der aktiven Mannschaften, der Militärcorps und des früheren Angehörigen der Abteilung. Der Monarch ließ sich sodann die Offiziere vorstellen und richtete an sie eine Ansprache, an deren Schluss er dem Kommandeur des Ritterkreuz 1. Kl. vom Ulrichsdorfer überreichte. Er begab sich danach auf die Tribüne, um die nun folgenden Reiterspiele zu besichtigen. Nach den Reiterspielen begab sich der König ins Offiziers-Kino, wo er mit den geladenen Gästen ein Frühstück einzunahm. Im Laufe des Nachmittags begab sich Se. Majestät der König im Automobil nach Dresden zurück.

— a. Von der hiesigen Schuhmaxxhafst festgenommen wurde ein aus der Bezirksschule Augustusburg entstiegener und von der Königlichen Staatsanwaltschaft Freiberg wegen Rückstahls im Gendarmerieblatt ausgeschriebenen Handarbeiter. Der Verhaftete wurde heute dem Königl. Amtsgericht hier zugeführt.

— Königliches Kinematograph im „Kaisersaal“. Die Vorstellungen im Königlichen Kinematograph konnten nach Belebung der Stockung, welche vorgestern durch einen Kolbenbruch entstanden war, gestern, Mittwoch, wieder fortgesetzt werden, und es muß gesagt werden, daß gestern alles wieder gut funktionierte. Schaulustige, welche die recht unterhaltsamen lebenden Photographien sich noch befreien wollen, seien darauf aufmerksam gemacht, daß nur noch heute, Donnerstag, abend eine Vorstellung stattfindet.

— b. Von der Reichsbank erfahren wir, daß am 14. Mai

d. J. in Braunschweig in Bogen eine von der Reichsbankstelle in Bogen abhängige Reichsbanknebenstelle eröffnet wird.

— Pachtreale Bahnhofswirtschaft. Die Sächsische Staats-

isenbahndirektion gibt bekannt, daß die Bahnhofswirtschaft zu Müglitz bei Bautzen vom 1. Juli 1906 ab anderweit auf sechs Jahre verpachtet werden soll. Die in Betracht kommenden allgemeinen Bedingungen liegen auf den sächsischen Bahnhöfen aus.

— Saatenstand im Königreich Sachsen. Der vergangene

Winter war im allgemeinen mild und brachte nur im Gebirge eine anhaltend stärkere Schneedecke, während im Flachlande die Felder nur an wenigen Tagen mit Schnee bedekt waren. Im März herrschte meist rohkaltes, rauhes, von vielen und starken Niederschlägen begleitetes Wetter. Von Anfang bis Mitte April dagegen war es anhaltend schön, warm und trocken. Am 15. April traten in einigen Genden Gewitter auf, die den sehr erwarteten Regen brachten. Infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse im vorigen Herbst konnte ein Teil der Wintersäaten erst sehr spät bestellt werden, der deshalb schwach entwickelt, zum Teil erst im Aufsetzen begriffen, in den zeitig beginnenden Winter kam. Dank des milden Witterung haben aber auch diese Säaten den Winter zum großen Teil verhältnismäßig gut überstanden. Mancherorts ist ihr Stand allerdings dünn, und auf nassen Stellen und schweren Böden muß ein Teil dieser Säaten wegen Aufwinterung, wozu die ungünstige Märzwitterung viel mit beigetragen hat, neu bestellt werden. Die zeitig bestellten Säaten stehen gut. Für diese, wie auch für die spät bestellten Säaten war das günstige Wetter im April von großem Vorteil. Im allgemeinen werden die Weizenarten etwas besser deuteilt, als die Roggartenarten. Der Kartoffel steht gut bis mittel. Wegen zahlreichen Aufstreitens des Kartoffelglanzers ist eine schnelle Blüte erwünscht. Der Klee hat den Winter ebenfalls gut überstanden. Nur dort, wo im Spätherbst noch abgemäht worden ist, hat der Frost, besonders im März, teilweise noch geschadet. Die Weizenarten werden besser deuteilt, als die nicht bewässerten. Erste haben gut angelegt, während auf letzteren das Gras noch wenig entwickelt ist. Die Frühjahrsbestellungsarbeiten konnten bei dem beständigen Wetter im April wesentlich gefördert werden, jedoch der größte Teil des Hauses gesetz ist. Auch ein Teil Gerste, sowie zeitige Kartoffeln sind bereits bestellt. Von Pflanzensäädern werden erwähnt in einem Halle die Kleemade, in zwei Hälften der Rapsglanzläuse und in drei Hälften die Feldblumen.

— Dresden. Über einen niedlichen Ereigniß der hiesigen „Bielbewußten“ weiß das freimaurige „Döbauer Ztg.“ folgendes zu berichten: „Die Sozialdemokratie ist seit einiger Zeit ohne Versammlungslösos. Man hatte sich bei dem Versuch, den Wirt vom „Deutschen Haus“ durch den Auszug des Gesangs- und des Turnvereins zum Umbau seines Saales zu zwingen, recht hübsch zwischen zwei Stühle gesetzt und die Wagnerei, die den Wirt rütteln sollte, hatte zur Folge, daß er nun Partei und Geschäftsräume vor die Türe setzte. Das hatte man nicht erwartet. Jetzt sah man sich ernstlich genötigt, bei anderen Gasträumen anzulösosen, und nun geschah, was vorzuhasten gewesen: kein Wirt wollte sich unter die Diktatur der sozialdemokratischen Partei stellen, die dann noch in seinem Lokal sich als Herren aufgespielt und ihn, falls er etwa aufzumachte, ebenso behandelt hätten, wie ihren ehemaligen „Parteigenossen“ Wöhl. Man ging nun von Saalwitz zu Saalwitz. Wöhlmann, Wilhelm, der Saalwitz und der Weinbergkot Sommer traktierten nacheinander, ebenso wie der Vorsitzende des Saalhabervereins, Reichs-Schäfflau, sie dankten für die Ehre; aber die Saalkommission ließ nicht locker und setzte sich immer neuen Abweisungen aus. Gleich lud man die Saalbesitzer zu einer gemeinsamen Sitzung ein, aber unglaublichweise — das sozialdemokratische Blatt tut darüber sehr entzückt — fand sich niemand ein. Nun droht das sozialdemokratische Blättchen, das von Leipzig aus die Döbauer Arbeiter bewundern möchte, verfeindet mit einem Vorstoß. Die organisierte Arbeiterschaft soll und zeigen, daß die Sozialdemokratie die Macht hat!“

— Leipzig. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich in der Wintergartenstraße. Beim Übersetzen der Straße wurde der 79 Jahre alte Schriftsteller Innsald Wissler von einem Fleischergeschirr umgerissen und aufgeschlagen. Er erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er an deren Folgen bald nach seiner Entfernung ins Krankenhaus gestorben ist. — Infolge des Wisslers sind 1000 bis 1200 Holzarbeiter in rund 50 Firmen auf zwei Wochen ausgesperrt worden, weil sie gegen den Willen ihrer Arbeitgeber am 1. Mai die Arbeit ruhen ließen. Der Beschluss des Holzindustriellenverbands lautete dementsprechend.

— Hohenstein-Ernstthal. Im nahen Dorfe Oberlungwitz entstand gestern früh gegen 8 Uhr in der Schrein des Gutsbesitzers Anton Gause, daß sich schnell auf das nebenliegende Seitengebäude, das von drei Familien bewohnt war, ausbreitete. Diese konnten nur das nackte Leben in Sicherheit bringen. Nur ein Wieler hat verschont. Das nebenliegende Wohnhaus, in dem der Besitzer wohnte, blieb infolge des günstigen Windes vom Feuer verschont. Es liegt Brandstiftung vor.

— Reichenbach. In einer hier stattgehabten Versammlung der Malergesellen der Städte Reichenbach, Mylau und Zschopau mit Umgebung wurde beschlossen, Vorbereitungen zum allgemeinen Streik zu treffen. Die Unternehmer haben alle Forderungen abgelehnt.

— Plauen i. B. Mit anderthalbstündiger Verspätung traf gestern der Chorplanmäßig auf dem hiesigen oberen Bahnhof um 4 Uhr früh fällige Zugfahrt Leipzig-Berlin hier ein. Die Länge dieser erheblichen Verspätung war ein in der Nacht verzo-